



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 1

STARK

Inhalt

Vorwort

Industrielle Revolution und Soziale Frage	1
1 Die Entstehung der Industriegesellschaft	3
1.1 Das alte System: Grundherrschaft und Gutsherrschaft	3
1.2 Das Bevölkerungswachstum als dynamisches Element	4
1.3 Die Umwandlung der Agrargesellschaft	5
1.4 Gesellschaftsgruppen	7
2 Politische, wirtschaftliche und technologische Strukturen der Industrialisierung	9
2.1 Politische Impulse	9
2.2 Die Entstehung eines modernen Kapitalmarkts	10
2.3 Wichtige technische Innovationen	10
3 Ansätze zur Lösung der Sozialen Frage	14
3.1 Unternehmerische Ansätze	15
3.2 Christliche und kirchliche Reformansätze	17
3.3 Die Theorie des Marxismus	19
Nationalstaatsgedanke und Nationalismus	27
1 Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts	28
1.1 Das „lange 19. Jahrhundert“ als Weg in die Moderne	28
1.2 Veränderungen infolge der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege	30
1.3 Die Befreiungskriege 1813/14	31
1.4 Wiener Kongress und Restauration	32
1.5 Vormärz	35
2 Die Revolution in Deutschland von 1848/49	39
2.1 Vorrevolutionäre Entwicklung: Offenburg und Heppenheim	40
2.2 Die „Märzereignisse“	41
2.3 Die Verfassunggebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche	43
2.4 Grundzüge des Verfassungsentwurfes von 1849	44
2.5 Probleme und Scheitern der Nationalversammlung	46

Das Kaiserreich	53
1 Der Weg zur Reichsgründung (1848–1871)	56
1.1 Das Wiedererstarken der monarchischen Herrschaft nach 1849	57
1.2 Der preußisch-österreichische Dualismus und die Einigungskriege (1864–1870)	61
2 Die Reichsverfassung von 1871	66
3 Bismarcks Innenpolitik	69
3.1 Der Kulturkampf gegen den politischen Katholizismus	70
3.2 Die konservative Wende Bismarcks nach 1878	72
3.3 Der neue „Staatsfeind“: Die Sozialdemokratie	72
3.4 Bismarcks Sozialgesetzgebung	74
4 Die Innenpolitik Wilhelms II. (1888–1918)	76
4.1 Das persönliche Regiment Wilhelms II.	76
4.2 Militarismus und Sozialimperialismus	76
4.3 Die Entwicklung von Parteien, Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften	77
5 Die Außenpolitik des Deutschen Reiches (1871–1914)	79
5.1 Die Ausgangssituation	80
5.2 Die Außenpolitik Bismarcks	81
5.3 Die Außenpolitik unter Wilhelm II. (1890–1914)	85
5.4 Internationale Krisen	88
5.5 Die Situation in Europa vor dem Ersten Weltkrieg	90
 Imperialismus	 95
1 Motive und Ziele imperialistischer Politik	96
1.1 Imperialistische Herrschaftsformen	96
1.2 Imperialismus-Theorien	97
2 Die Großmächte im Zeitalter des Imperialismus	99
2.1 Großbritannien	100
2.2 Frankreich	103
2.3 Das Deutsche Reich	104
2.4 Russland	105
2.5 Österreich-Ungarn	107
2.6 Japan	108
2.7 USA	109
3 Die Auswirkungen des Imperialismus auf China und das Osmanische Reich	111
3.1 China	111
3.2 Das Osmanische Reich (Türkei)	114

Der Erste Weltkrieg	119
1 Die Julikrise 1914	121
2 Kriegsverlauf	123
2.1 Die Ausgangslage	124
2.2 Scheitern des Schlieffen-Plans, Stellungskrieg und „Materialschlachten“ im Westen	124
2.3 „Abnutzungsschlachten“ 1916/1917 (Verdun, Somme)	127
2.4 Britische Seeblockade und deutscher U-Bootkrieg	127
2.5 Die Entwicklung im Osten	128
2.6 Der Kriegseintritt Italiens und die Entwicklung auf dem Balkan	128
2.7 Die Kriegsentscheidung im Westen 1918	129
3 Innenpolitik	130
3.1 Die Spaltung der SPD	132
3.2 Verspätete Reformen	132
3.3 Der totale Krieg: Wirtschaft und Alltagsleben	133
Die Weimarer Republik	137
1 Bestimmende politische und gesellschaftliche Strukturen	139
1.1 Die Klassengesellschaft	139
1.2 Die Modernisierungskrise	140
2 Die Revolution von 1918	141
2.1 „Oktoberverfassung“: verspätete Parlamentarisierung des Reichs	142
2.2 Die Revolution der Soldaten und Arbeiter	142
2.3 Der Weg zur Nationalversammlung	144
2.4 Demokratische Alternativen in der revolutionären Anfangsphase? ...	145
3 Die Weimarer Reichsverfassung von 1919	146
3.1 Zentralismus und Föderalismus	147
3.2 Wahlsystem und plebiszitäre Elemente	148
3.3 Der Reichspräsident	149
3.4 Die Reichsregierung	150
3.5 Grundrechte und Grundpflichten	150
3.6 Die Parteien in der Nationalversammlung 1919	152
4 Der Vertrag von Versailles mit Deutschland 1919	154
4.1 Die Interessen der wichtigsten Siegermächte	154
4.2 Kernpunkte des Vertrags	155
4.3 Folgen des Versailler Vertrags	157

5	Die Außenpolitik der Weimarer Republik	159
5.1	Der Vertrag von Rapallo 1922	160
5.2	Die Locarno-Verträge 1925.....	160
5.3	Der Berliner Vertrag 1926	161
5.4	Der Eintritt in den Völkerbund 1926.....	161
5.5	Die Entwicklung der Reparationsfrage	162
6	Rechte und linke Bedrohung der Republik	163
6.1	Kapp-Lüttwitz-Putsch und Ruhraufstand 1920	164
6.2	Das Krisenjahr 1923	165
6.3	Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 als Wendepunkt der Weimarer Republik	168
7	Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen	170
7.1	Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft	170
7.2	Die innenpolitischen Folgen	171
7.3	Scheitern der Republik in den Präsidialkabinetten 1930–1933	174
8	Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik	179
	Die nationalsozialistische Diktatur	187
1	Die „Machtergreifung“	190
1.1	Koalitionsregierung der „Nationalen Erhebung“	190
1.2	Die Zerschlagung des Rechtsstaates („Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“, 28. 2. 1933)	191
1.3	Die „nationale Revolution“ nach den Reichstagswahlen (5. 3. 1933)	192
1.4	Die Selbstausschaltung des Reichstags im „Ermächtigungsgesetz“ (23. 3. 1933).....	192
2	Die „Gleichschaltung“ von Politik, Verwaltung und Reichswehr	194
2.1	Die Säuberung des Beamtenapparates und der Universitäten	194
2.2	Die Selbstunterwerfung der Justiz	195
2.3	Die Beseitigung des Föderalismus	195
2.4	Das Verbot der Parteien	196
2.5	Ausschalten innerparteilicher und konservativer Rivalen („Röhm-Putsch“)	196
2.6	Die Unterordnung der Reichswehr	198
2.7	Die Festigung der Macht	198
3	Die Gleichschaltung der Gesellschaft	200
3.1	Die Kontrolle des Kultursystems	200
3.2	Die Einflussnahme auf die christlichen Kirchen	201

4	Die Grundzüge der NS-Ideologie	202
4.1	Rassismus als pseudo-wissenschaftliche Grundlage	203
4.2	Antisemitismus als ideologischer Kern	204
4.3	Lebensraumpolitik als außenpolitische Forderung	204
4.4	Hitlers „Nationaler Sozialismus“	205
4.5	Radikaler Bruch mit den Werten der Aufklärung	205
4.6	Das „Dritte Reich“ als mythischer Bezugspunkt des Nationalsozialismus	206
4.7	Das Führerprinzip	207
5	Die Herrschaftsinstrumente des NS-Regimes	208
5.1	Der Führermythos	208
5.2	Die Verschränkung von Partei und Staat im „Führerstaat“	209
5.3	Die nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft	212
5.4	Propaganda	214
5.5	Kulturelle „Verführung“ (NS-Kulturpolitik)	215
5.6	Politische Unterdrückung	216
5.7	Der SS-Staat	220
5.8	Wertekonsens zwischen Konservativen und Nationalsozialisten	219
5.9	Die Korrumpierung großer Bevölkerungsgruppen	220
6	Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik	222
6.1	Das NS-„Wirtschaftswunder“	223
6.2	Die Rolle der Wirtschaft im NS-System	224
6.3	Die Zerschlagung der Gewerkschaften	224
6.4	Die Eingliederung in die staatliche Kommandowirtschaft	225
6.5	Die Verstrickung der Wirtschaft in den Eroberungskrieg	226
7	Die nationalsozialistische Außenpolitik	227
7.1	Hitlers außenpolitische Vorstellung	228
7.2	Die Kontinuität der Revisions- und Großmachtpolitik	229
7.3	Hitlers Doppelstrategie	230
7.4	Die Isolation Deutschlands	230
7.5	Das Durchbrechen der Isolation	232
7.6	Aggressive Revisionspolitik	233
7.7	Die Vorbereitung des Kriegs gegen Polen	235
8	Der Zweite Weltkrieg	239
8.1	Der Kriegsverlauf	241
8.2	Der Vernichtungskrieg	245
8.3	Der „totale Krieg“	246
8.4	Der Bombenkrieg	247
8.5	Bevölkerungspolitik, Flucht und Vertreibung	248
8.6	Besatzungspolitik und Widerstand	249

9	Deutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus	250
9.1	Bedingungen und Ausmaß des Widerstands	251
9.2	Arbeiterwiderstand	252
9.3	Selbstbehauptung und Opposition in den Kirchen	254
9.4	Widerstand in den gesellschaftlichen Eliten	256
9.5	Jugendopposition	259
9.6	Studentischer Widerstand (Die „Weiße Rose“)	261
9.7	Widerstand verschiedener Gruppen und Einzelner	261
10	NS-Rassenpolitik und Holocaust	264
10.1	Die Bedeutung des Holocausts	264
10.2	Die NS-Rassenpolitik bis Kriegsbeginn	266
10.3	Der Verlauf des Holocausts	270
10.4	Erklärungen für den Holocaust	276
10.5	Tätergruppen und ihre Motive	278
10.6	Juristische Aufarbeitung des Holocausts	280
	Lösungen	287
	Stichwortverzeichnis	327
	Bildnachweis	336

Autoren: Dr. Johannes Werner, Christine Eckl

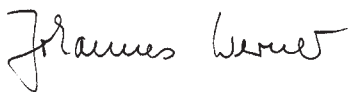
Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der vorliegende Band Geschichte 1 ermöglicht Ihnen eine gezielte und effektive Vorbereitung auf alle Prüfungen im Fach Geschichte. Hierzu werden die wichtigsten prüfungsrelevanten Themen übersichtlich und prägnant dargestellt. Es wird immer mehr von Ihnen verlangt, sich selbstständig und eigenverantwortlich auf den Unterricht sowie auf bevorstehende Klausuren und das Abitur vorzubereiten. Dabei hilft Ihnen dieses Buch.

- Die Kapitel enthalten das in der Abiturprüfung vorausgesetzte **Basiswissen an Fakten** in zusammenhängender und strukturierter Form. Einstiegsbilder zu jedem Kapitel ermöglichen eine inhaltliche Annäherung vor der ersten Lektüre und erleichtern den Einstieg.
- Die darstellenden Textpassagen sind klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Zusammenfassende Bewertungen auf dem neuesten Stand der fachwissenschaftlichen Forschung leiten das jeweilige Thema und sollen dem Bearbeiter eine grundlegende Orientierung ermöglichen.
- **Zeittafeln** und ein **Stichwortverzeichnis** ermöglichen Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.
- Zusammenfassende **Schaubilder** erleichtern das Lernen und bieten Ansätze für eigene **Präsentationen** von geschichtlichen Zusammenhängen.
- Mit den vielfältigen **Übungsaufgaben** am Ende jedes Kapitels und **materialgestützten Aufgaben im Stil des Abiturs**, die als Basis alle in den Prüfungen verwendeten Quellenarten von Texten über Karikaturen bis hin zu Fotografien enthalten, können Sie das Gelernte selbstständig anwenden.
- Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes gibt Ihnen schließlich die Möglichkeit, Ihren Wissensstand schnell und einfach zu überprüfen. Die wichtigsten Bewertungen, Zusammenhänge und Fakten werden dort noch einmal zusammenfassend aufbereitet.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!



Dr. Johannes Werner

„**Lückentheorie**“: Ein Fall wie der Konflikt um die Heeresreform zwischen Monarch und Parlament sei in der Verfassung nicht vorgesehen, deswegen dürfe der König als Verfassungsgeber ohne Zustimmung des Landtags die erforderlichen Gelder erheben. Die Landtagsmehrheit lehnte Bismarcks Vorgehen ab und blockierte das politische System Preußens.

Das Verhalten Bismarcks in der Verfassungsfrage markierte einen Grundsatz seiner Politik: den Vorrang des mithilfe der Macht Durchsetzbaren gegenüber verfassungsrechtlichen Erwägungen, als „**Realpolitik**“ bezeichnet.

Im Innern war Bismarcks Strategie schließlich erfolgreich: Der preußische Landtag nahm nach dem gewonnenen Krieg von 1866 eine „**Indemnitätsvorlage**“ an, in der Bismarck das Budgetrecht des Landtags bestätigte, dafür aber für seinen Verfassungsbruch gleichfalls amnestiert wurde, indem der Landtag die Heeresreform nachträglich billigte. Die Annahme der Vorlage führte zur Spaltung der Liberalen in eine bismarckfreundliche „nationalliberale“ und eine oppositionelle „fortschrittliche“ Partei.

1.2 Der preußisch-österreichische Dualismus und die Einigungskriege (1864–1870)

Wiedererrichtung des Deutschen Bundes

Nachdem der preußische König 1849 die Kaiserkrone abgelehnt hatte, zog Österreich seine Abgeordneten aus der Paulskirche zurück. Andere Regierungen folgten, bis nur noch ein **Rumpfparlament** unter dem Einfluss der demokratischen Linken übrig blieb. Diese riefen zum Aufstand auf und verlegten das Parlament nach Stuttgart, wo es im Sommer 1849 durch württembergisches Militär gewaltsam aufgelöst wurde. Erhebungen von Radikalen in Sachsen, Baden und in der Pfalz blieben erfolglos. Damit war der Versuch, den nationalen und liberalen deutschen Gesamtstaat aus der Kraft des Volkes zu schaffen, fehlgeschlagen.

Es scheiterte in der Folge auch ein preußischer Plan zu einem Staatenbund mit dem Namen „Deutsche Union“. Als **Exekutive** war ein **Fürstenrat** unter dem erblichen Vorsitz Preußens vorgesehen, als **Legislative** ein **Bundesparlament** mit zwei Kammern, wobei das „**Staatenhaus**“ von den Regierungen der Einzelstaaten beschickt und das „**Volkshaus**“ nach dem Dreiklassenwahlrecht von der Bevölkerung der Einzelstaaten gewählt werden sollte. Die Deutsche Union wurde 1849 gegründet, ihr traten 24 deutsche Fürsten bei. Da diese auf die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung hinauslief, brachte Österreich sie im Zusammenspiel mit Russland zum Scheitern: Preußen musste im **Vertrag von Olmütz** (29. 11. 1850) auf die Unionspläne verzichten und in den Bundestag zurückkehren, in dem Österreich die Führungsrolle innehatte.

Bismarcks Strategie

Die folgende außenpolitische Entwicklung bis zur Reichsgründung 1871 wurde maßgeblich durch die Zielsetzung und die überlegene politische Strategie Bismarcks bestimmt: Als preußischer Patriot wollte Bismarck die kleinste der europäischen Mächte mithilfe eines von Preußen dominierten kleindeutschen Reichs zu einer gleichwertigen europäischen Großmacht ausbauen. Dazu musste er Österreich als Führungsmacht des Deutschen Bundes ausschalten und die süddeutschen Staaten für sich gewinnen.

Bismarck konnte dabei mit der nationalen Begeisterung des liberalen Bürgertums rechnen und so den inneren preußischen Konflikt zwischen Königtum und Landtag durch die Einigungspolitik auf die Außenpolitik verlagern (und letztlich gewinnen).

Deutsch-Dänischer Krieg (1864)

Bismarck spielte die nationale Karte das erste Mal im Krieg gegen Dänemark 1864 aus: Schleswig und Holstein waren seit 1460 mit dem Königreich Dänemark in Personalunion vereint. Aufgrund unterschiedlichen Erbrechts schien sich vor der Revolution 1848/49 die Loslösung des überwiegend deutschsprachigen Schleswig-Holsteins anzubahnen. Darüber kam es zu einem Krieg zwischen Dänemark und Preußen, das aber aufgrund einer englisch-russischen Interventionsdrohung den Kampf abbrechen musste. 1850 und 1852 einigten sich die fünf europäischen Großmächte auf die zwei sogenannten **Londoner Protokolle**. Dort garantierte der dänische König Österreich und Preußen die Selbstständigkeit und Zusammengehörigkeit der beiden Herzogtümer.

1863 verleibte sich Dänemark dennoch Schleswig ein, dessen nördlicher Teil von Dänen bewohnt war und das im Gegensatz zu Holstein nicht zum Deutschen Bund gehörte. Darauf forderte die national denkende öffentliche Meinung Deutschlands die gewaltsame Loslösung beider Länder von Dänemark und ihren Anschluss an den Deutschen Bund. Dänemark lehnte die Forderung ab, die vertraglich verbotene Einverleibung Schlesiws rückgängig zu machen. Es verlor deshalb die Unterstützung der neutralen Großmächte und wurde 1864 von Österreich und Preußen durch einen Feldzug zur Abtretung der beiden Herzogtümer gezwungen (Frieden von Wien, 30. 10. 1864).

Der deutsche Krieg (1866)

Nach dem Sieg kam es zwischen Österreich und Preußen zu Meinungsverschiedenheiten über die **Zukunft Schleswig-Holsteins**. Bismarck wollte die beiden Herzogtümer in einen preußischen Satellitenstaat, Österreich in ein souveränes Mitglied des Deutschen Bundes umwandeln. Man einigte sich schließlich 1865

(**Gasteiner Abkommen**) auf eine provisorische Verwaltungsteilung: Österreich erhielt Holstein, Preußen Schleswig.

Nach schweren Spannungen zwischen den Mächten wegen des Status der Provinzen legte Österreich die Entscheidung über die Zukunft Schleswigs und Holsteins unter Nichtbeachtung des Gasteiner Abkommens in die Hand des Deutschen Bundestags. Preußen sah dies als Provokation und besetzte einen Teil des von Österreich verwalteten Holsteins (Juni 1866). Wegen dieses Gewaltaktes erreichte Österreich im Deutschen Bundestag die Mobilmachung gegen Preußen. Preußen seinerseits erklärte die Bundesakte für „gebrochen“ und damit den Deutschen Bund für „erloschen“ und griff Österreich und seine Verbündeten an. Bereits nach zwölf Tagen entschied die **Schlacht bei Königgrätz** (3. 7. 1866) in Böhmen den Krieg zugunsten Preußens.

Bismarck setzte in der preußischen Führung den Verzicht auf die Annexion österreichischer Territorien durch, dafür stimmte Österreich der Auflösung des Deutschen Bundes, der Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein und Frankfurt durch Preußen und der Gründung eines **Norddeutschen Bundes unter preußischer Führung** (1867) zu.

Der Norddeutsche Bund



Damit schied Österreich aus Deutschland aus und orientierte sich außenpolitisch fortan nach Südosten. Preußen wurde ein mächtiger geschlossener Länderblock von Saarbrücken bis zur Memel. Die internationale Unabhängigkeit Bayerns, Württembergs und Badens musste Bismarck auf Verlangen Frankreichs aber anerkennen.

Der Deutsch-Französische Krieg (1870/71)

Der französische Kaiser Napoleon III. wurde nach 1860 durch eine starke liberale und republikanische Opposition bedrängt und versuchte, seine Herrschaft durch außenpolitische Erfolge zu stabilisieren. 1866 hatte er deshalb Bismarck die Neutralität Frankreichs gegen erhoffte territoriale Kompensationen an seiner Ostgrenze zugesagt. Nach dem preußischen Sieg verweigerte Bismarck Frankreich, das u. a. an der bayerischen Rheinpfalz interessiert war, aber territoriale Gewinne. Die süddeutschen Staaten konnte Bismarck in dieser Situation zum Abschluss eines Defensivbündnisses („**Schutz- und Trutzbündnisse**“) mit dem Norddeutschen Bund gegen Frankreich bewegen.

Bismarck forcierte nun den Konflikt mit Frankreich: Er unterstützte die angebotene Übernahme des spanischen Königsthrons durch Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, einer katholischen Seitenlinie der preußischen Hohenzollern. Frankreich sah darin die Gefahr einer Umklammerung durch Preußen und drohte mit Krieg. Daher veranlasste Wilhelm I. Leopold zum Verzicht, doch der französische Botschafter drängte Wilhelm I. in Bad Ems zu einer weiteren Verzichtserklärung, die dieser höflich zurückwies; in der „**Emser Depesche**“ (13. 7. 1870) berichtete er Bismarck über die Aufdringlichkeit des französischen Botschafters. Bismarck veröffentlichte die Depesche in verkürzter, Napoleon III. bloßstellender Form, woraufhin Frankreich Preußen den Krieg erklärte (19. 7. 1870). Der Norddeutsche Bund und die süddeutschen Staaten traten auf Preußens Seite, Frankreich aber fand bei den anderen europäischen Großmächten keine Verbündeten. Bereits nach sechs Wochen musste Napoleon III. mit einem Großteil seiner Truppen in Sedan kapitulieren (2. 9. 1870). Eine republikanisch-französische Regierung versuchte vergeblich, den Krieg fortzusetzen.

Im Frieden von Frankfurt (Mai 1871) verpflichtete sich Frankreich zur Zahlung von fünf Milliarden Goldfrancs Kriegsschädigung und trat Elsass-Lothringen ab, dessen vorwiegend deutschsprachige Bevölkerung 200 Jahre lang in den französischen Staat eingegliedert gewesen war. Für Deutschland war die Abtretung der Grenzländer die Krönung der nationalen Einigung und die Umkehr der Geschichte seit dem 17. Jahrhundert, für Frankreich eine Frage der nationalen Identität. Damit war ein **Konfliktpotenzial** geschaffen, das das deutsch-französische Verhältnis in der Zukunft massiv belastete.

Gründung des Kaiserreichs

In der nationalen Begeisterung über den militärischen Erfolg gelang es Bismarck, die süddeutschen Fürsten für die Gründung eines Deutschen Reichs unter preussischer Führung zu gewinnen. Am 18. Januar 1871 wurde die Reichsgründung in einem feierlichen Staatsakt im Spiegelsaal des Versailler Schlosses vollzogen.

Aufgabe 11 Skizzieren Sie die Entwicklung Preußens zur deutschen Vormacht vom Beginn der 1850er-Jahre bis 1871.

Aufgabe 12 (materialgestützt) Interpretieren Sie die Karikatur vor ihrem historisch-politischen Hintergrund.
M 1: Karikatur aus dem „Kladderadatsch“, 1868



Anmerkung: Das Wolkengebilde am linken oberen Bildrand trägt die Züge Napoleons III. von Frankreich.

b) Gründe für das Scheitern der Revolution:

- Spaltung der revolutionären Bewegung in radikale Demokraten (linke Michelhälfte) und Gemäßigte in Bezug auf die grundlegende Zielsetzung: Republik oder Monarchie? sowie die Wahl der Mittel: Revolutionäre Gewalt oder Friedfertigkeit um jeden Preis? Die Spaltung zwischen Republikanern und Monarchisten bremste zwar den revolutionären Elan der Paulskirche, doch war man letztlich in der Lage, Kompromisse zu finden.
- geografische Zersplitterung: in der Karikatur als Spaltung zwischen Norden und Süden dargestellt; Fehlen eines Zentrums, vom dem die Revolution ausging; Kommunikations- und Koordinationsprobleme der Aktionen

Weitere Gründe für das Scheitern der Revolution:

- Das frühzeitige Ausscheiden der Bauern als der größten Bevölkerungsgruppe, die ihre Ziele bereits im Frühjahr 1848 erreicht sah.
- Der weitgehende Ausschluss der weiblichen Bevölkerung aus der Revolution, die trotz starken Interesses maximal als Zuhörer toleriert wurde.
- Die Überforderung der Paulskirche und der Revolution insgesamt, die nicht nur die Freiheit der Bevölkerung (Menschenrechte, Bürgerrechte, Staatsform) zu gestalten hatte, sondern auch die Frage nach der Einheit, d. h. die nach den zukünftigen Grenzen Deutschlands, beantworten musste.
- Ein Gelingen der Revolution wäre mit großer Wahrscheinlichkeit von den Nachbarstaaten nicht akzeptiert worden: England fürchtete um das Mächtegleichgewicht in Europa; Frankreich wollte eine als nationale Einheit konstituierte Macht verhindern; Russland befürchtete ein Übergreifen der Revolution auf das eigene Land.

Das Kaiserreich

Aufgabe 11 Stationen des Aufstiegs Preußens zur deutschen Führungsmacht:

- weiterbestehender Dualismus Preußens und Österreichs nach 1849
- Überwindung des „Heereskonflikts“ durch den neu berufenen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck (seit September 1862) und dessen „Lückentheorie“ (legitimes eigenständiges Handeln der Regierung ohne Zustimmung des Landtags bei Verfassungslücken)
- Ausspielen der nationalen Karte durch Bismarck gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit in Preußen und Deutschland
- Handels- und Zollverträge Preußens (und des Dt. Zollvereins) mit Frankreich und England (Freihandelszone des „Cobden-Vertrags“): wirtschaftlicher Aufschwung Preußens zum Industriestaat und wirtschaftliche Führungsmacht des Zollvereins

- 1864 gemeinsam mit Österreich Krieg gegen Dänemark um den Status Schleswig-Holsteins: Aufteilung der Verwaltung Schleswig und Holsteins zwischen Preußen und Österreich
- 1866 erfolgreicher Krieg Preußens gegen Österreich und andere Staaten des Deutschen Bundes (u. a. Bayern); Annexion aller deutschen Gebiete nördlich der Mainlinie (Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt); Gründung des Norddeutschen Bundes (mit Sachsen und Hessen-Darmstadt) unter der Führung Preußens (Verfassung von 1867); Auflösung des Deutschen Bundes
- 1866 Schutz- und Trutzbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen wegen möglicher Gebietsforderungen Frankreichs
- 1866 Beilegung des „Heereskonflikts“ in Preußen durch die Indemnitätsvorlage (nachträgliche Billigung des verfassungswidrigen Vorgehens Bismarcks); Zusammenarbeit der neu gegründeten Nationalliberalen Partei mit Bismarck
- 1870/71 von Bismarck initiiertes Deutsch-Französischer Krieg zusammen mit den süddeutschen Staaten; schneller Sieg, Annexion Elsass-Lothringens; Ausrufung des Deutschen Reiches 1871 in Versailles (erweiterte Verfassung des Norddeutschen Bundes als Reichsverfassung von 1871)
- Preußen als Führungsmacht des Deutschen Reiches unter Wilhelm I. als Deutscher Kaiser und Bismarck als Reichskanzler

Aufgabe 12 Inhalte der Karikatur und ihre historischen Zusammenhänge:

- Bismarck als dominierende Figur im Bildzentrum, der eine mit „Zollverein“ beschriftete Brücke über den Main legt: Ausdehnung des Führungsanspruchs in Deutschland nach 1866 durch Preußen bzw. dessen politisch mächtigen Ministerpräsidenten; Rolle des Zollvereins (seit 1834) als wirtschaftliches Band der Deutschen
- Festung mit der Aufschrift „Nord Bund“ im rechten Hintergrund: Verweis auf die zwangsweise Etablierung des „Norddeutschen Bundes“ durch Preußen als erweiterte Machtbasis Preußens nach 1866
- drei Personen als Verkörperung der süddeutschen Staaten im linken Bildhintergrund, Haus mit der Aufschrift „Süd Bund“, Alpen als Gebirgszug in Süddeutschland: Rolle der süddeutschen Staaten als abwartendes, eher schwaches „Opfer“ der preußischen Expansion (Haus des angedachten, aber nicht realisierten „Süd Bunds“ im Vergleich zur Festung „Nord Bund“)
- Frankreichs Kaiser Napoleon III. als bedrohliche Wolke über den Süddeutschen Staaten: französischer Anspruch auf territoriale Gewinne in Süddeutschland (links des Rheins) nach dem Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 (als erwartete Belohnung für das Stillhalten Frankreichs)

Bildunterschrift:

- Absicht Bismarcks, mit dem Zollverein eine Brücke über die Main-Linie zu den süddeutschen Staaten zu ziehen, wird von diesen als Bedrohung gesehen
- Beschwichtigung der süddeutschen Länder durch Bismarck
- Warnung vor Frankreich, Hilfsangebot bei französischer Expansion

Bildtext:

Bismarck als der die Regenwürmer (süddeutsche Staaten) verspeisende Hahn:
Verweis auf die aggressive Komponente der preußischen Expansion

Aussage der Karikatur:

- zutreffende Bewertung der Situation in Deutschland um 1868: Dominanz Preußens; Werben um eine enge Einbindung der süddeutschen Staaten in den preußischen Hegemonieverbund; Frankreich als aggressiver Faktor von außen, der Preußen in die Hände spielt; wirtschaftliche Einigung Deutschlands (Zollverein) als Triebkraft des nationalen Zusammenschlusses
- eventuell kritischer (vielleicht auch bewundernder) Blick auf den Strategen Bismarck (sichtbar in der Bildbeschriftung), der als Hahn die Regenwürmer (süddeutsche Staaten) fressen wird

Aufgabe 13 Dominante Position des Deutschen Kaisers in der Reichsverfassung von 1871:

- konstitutionelle Erb-Monarchie
- Ernennung und Entlassung von Reichskanzler und Regierungsmitgliedern
- alleinige Verantwortlichkeit für die Außenpolitik und die völkerrechtliche Vertretung des Deutschen Reiches
- Recht der vorzeitigen Parlamentsauflösung mit anschließenden Neuwahlen als wichtiges Druckmittel, um eigene Gesetze im Parlament durchzusetzen.
- Oberbefehl über die Armee
- großer Einfluss im Bundesrat als König von Preußen (Vetomöglichkeit)

Aufgabe 14 Mächtige Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung:

- direkte Wahl durch das Volk für 7 Jahre
- Ernennung von Reichskanzler und Reichsminister
- Oberbefehl über die Reichswehr
- Recht der Reichstagsauflösung (für höchstens 60 Tage, Art. 25)
- Notverordnungsrecht (Art. 48): Ausnahmerecht, Außerkraftsetzen von Grundrechten; Möglichkeit zu „Präsidialkabinetten“ („Präsidialdiktatur“)



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK